



DIE LINKE.
Friedrichshain-Kreuzberg

#04 **klar.links**
Juli/August 2017
27. Jahrgang

»Wir sind bei denen, die sich wehren!«

Unterwegs im Bezirk mit LINKE-Direktkandidat Pascal Meiser



»Hallo Pascal«, eine Pflegerin mit Gewerkschafts-Shirt begrüßt den Direktkandidaten der LINKEN vor der Rettungseinfahrt. Man kennt sich. Jetzt kommen immer mehr Krankenschwestern vor das Vivantes-Klinikum am Friedrichshain. Die meisten tragen noch ihren Kittel, in wenigen Minuten müssen sie wieder auf die Stationen. Doch vorher machen sie eine »aktive Mittagspause«. Es ist 12 Uhr am 12. Mai, dem internationalen Tag der Pflege. Die Pfleger protestieren gegen die Personalnot im Krankenhaus. Pascal Meiser bringt politische Unterstützung: »Der Pflegenotstand muss beendet werden. Der Personalmangel führt zu unerträglichen Arbeitsbedingungen im Krankenhaus, außerdem ist das gefährlich für die Patienten.« Deshalb fordere DIE LINKE 100.000 zusätzliche Pflegekräfte, erklärt Bundestagskandidat Meiser. Inzwi-

schen sind auch einige Patienten dazu gekommen und diskutieren mit den Protestierenden. Ortswechsel: Wieder werden selbstgemalte Schilder hochgehalten, wieder ist Pascal Meiser mitten drin. Es ist der 2. Juni, wütende Mieterinnen und Mieter demonstrieren vor der Zentrale des Immobilienkonzerns Deutsche Wohnen AG in Charlottenburg. Das Unternehmen bedroht die Mieter mit aggressiven Mietsteigerungen, betroffen ist unter anderem die Kreuzberger Otto-Suhr-Siedlung. Oft werden Sanierungen vorgeschoben. Ein Mann mit Schieberkappe hat auf eine große Styropor-Platte geschrieben: »Wacht auf VERDÄMMTE dieser Erde«. Neben ihm steht ein großer Reisebus. Den hat DIE LINKE. Friedrichshain-

Kreuzberg zusammen mit den Mietern der Otto-Suhr-Siedlung organisiert, um gemeinsam zur Demonstration zu fahren. »Wir stehen an der Seite der Betroffenen im Bezirk«, erklärt Pascal Meiser. Und: »Wir brauchen endlich Bundesgesetze, die Mieter effektiv schützen, die unsägliche Modernisierungsumlage muss weg.« Dann geht es wieder zurück nach Friedrichshain-Kreuzberg.



Pascal: Direkt im Bezirk

Pascal Meiser kandidiert für DIE LINKE bei der Bundestagswahl im September direkt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost. Außerdem steht er auf Platz 4 der Landesliste der Berliner LINKEN.

Der 42-Jährige lebt seit Ende der 1990er Jahre in Kreuzberg 36. Politisch aktiv ist der studierte Politologe seit seiner Zeit an der Freien Universität Berlin. Dort war er Studierendenvertreter. Später hat er hauptamtlich für die Gewerkschaft IG Metall gearbeitet. Heute leitet er die zentrale Kampagnen-Abteilung der Partei DIE LINKE. Er ist unter anderem für die Kampagne gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA verantwortlich. Seit 2013 ist Pascal Meiser Bezirksvorsitzender der LINKEN. Friedrichshain-Kreuzberg. Die dringendsten politischen Themen für ihn sind: Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, gegen Armut und die explodierenden Mieten.

Wahlkreis 83

Friedrichshain
Kreuzberg
Prenzlauer Berg Ost



Foto: flickr.com/Metro Centric

Die Steuerschlupflöcher der Immobilien-Haie

»Share-Deals« mit Grundstücken kosten Berlin jährlich über 100 Millionen Euro

Kauft man als Bürger eine Immobilie, ist eine Grunderwerbsteuer in Höhe von sechs Prozent des Kaufpreises fällig. Normalerweise zumindest. Immobilienspekulanten nutzen seit Jahren ein von der rot-grünen Bundesregierung geschaffenes Steuerschlupfloch, das unter der Bezeichnung »Share-Deal« firmiert und den Fiskus Milliardensummen kostet. Der einfache Trick: Der Käufer erwirbt nicht die Immobilie, sondern Anteile an einer Firma, der die Immobilie gehört. Wenn der gekaufte Anteil unter 95 Prozent bleibt, ist das Grundstück steuerfrei. Damit hat der Käufer die Kontrolle über die Immobilie, muss aber keinen Cent an den Fiskus zahlen. Und nach fünf Jahren können die restlichen fünf Prozent übernommen werden – ebenfalls steuerfrei.

Sogenannte Share-Deals im Immobilienhandel verursachen in Berlin Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Medienberichten zufolge beliefen sich diese Geschäfte allein in den vergangenen fünf Jahren auf ein geschätztes Volumen von 13 Milliarden Euro. Dem Land Berlin entgingen in diesem Zeitraum demnach 690

Millionen Euro an Grunderwerbsteuern – also mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr.

Das extremste Beispiel für diese »legale Steuerhinterziehung« ist der Verkauf des ehemaligen Daimler-Areals am Potsdamer Platz: Es wurde im Rahmen eines Share-Deals für 1,4 Milliarden Euro an einen kanadischen Investor verkauft. Bei einem normalen Verkauf wären über 80 Millionen Euro an Grunderwerbsteuer fällig gewesen. Durch das Steuerschlupfloch Share-Deal, ging das Land Berlin aber leer aus. Dieses Steuerschlupfloch wird auch beim Kauf einzelner Wohnhäuser oder bei ganzen Wohnungsbeständen genutzt. Auf diese Weise hat die – wegen ihres Umgangs mit Mietern zurecht kritisierte – Deutsche Wohnen AG (DW) 2015 bei dem Kauf von ca. 1.200 Wohnungen in Hohenschönhausen und ca. 1.100 Wohnungen in Spandau Millionen Euro Grundsteuer eingespart. Aber die Praxis der Share-Deals hat noch weitere Auswirkungen: Auch das Vorkaufsrecht der Bezirke in Milieuschutzgebieten wird ausgehebelt, da es nur beim

tatsächlichen Verkauf einer Immobilie greift. Rechtlich handelt es sich in solchen Fällen aber um eine Unternehmensveräußerung. Normalerweise erfahren die zuständigen Bezirksämter erst aus den Medien von solchen Verkäufen. Auf Anfrage unserer BVV-Fraktion nach dem Verkauf der Berliner Taekker-Immobilien – von denen viele in Friedrichshain-Kreuzberg verortet waren – an Round Hill Capital (RHC), antwortete das Bezirksamt, dass keine Kenntnisse über den Verkauf vorlägen, da bei Share-Deals keine Erfassung des Kaufvertrages über den Gutachterausschuss – wie sonst üblich – erfolgt.

Dem muss ein Riegel vorgeschoben werden. Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften müssen wirksam geschlossen werden. Die Linksfraktion Berlin hat schon 2012 eine Bundesratsinitiative zur Schließung von Schlupflöchern bei der Grunderwerbsteuer gefordert, was damals von SPD und CDU abgelehnt wurde. In den Koalitionsverhandlungen hat DIE LINKE dafür gesorgt, dass eine solche Bundesratsinitiative im Koalitionsvertrag festge-

schrieben wurde. Der Finanzsenator hat jetzt den Auftrag, diese zeitnah zu erarbeiten.

Für eine Bundesratsinitiative, die die landesrechtlichen Spielräume bei der Grunderwerbsteuer erweitern soll, hat DIE LINKE weitere Vorschläge gemacht: Zum Beispiel könnte der Steuersatz für sozialen Wohnungsbau niedriger sein als für Shopping-Malls. Auch könnte die Abgabenordnung so geändert werden, dass unter wohnungspolitischen Auflagen eine Stundung der Grunderwerbsteuer möglich wird. Dadurch würde der Spielraum erweitert, Spekulation durch Steuerpolitik wirksam einzudämmen. Es ist absurd, einerseits die Mieten begrenzen zu wollen und andererseits Miethaie und Spekulanten steuerlich zu fördern. Eine Regelung, um Share-Deals zu unterbinden, muss zudem so ausgestaltet sein, dass sie nicht nur Schlupflöcher zur Umgehung der Grunderwerbsteuer schließt, sondern gleichzeitig auch verhindert, dass das kommunale Vorkaufsrecht umgangen wird.

Steffen Zillich, MdA

Auf die Straßen, Plätze, los!



Kottbusser Damm: Sie haben es versucht. Im großen Stil; 1912 schon. Die Spekulanten und Gentrifizierer. Haben geglaubt, mit Etikettenschwindel zu punkten. Alten Wein in

neue Schläuche packen wollten sie. Raider heißt jetzt Twix – und Rixdorf jetzt Neukölln. Loswerden wollten sie das Image des proletarischen Armutsquartiers, den Geruch der Sozi-Brutstätte, den Ruf der frivolen Tanzlokale und Amüsierbuden, das Milieu des unsittlichen Armutselend. Eigenständige Stadt, die Rixdorf damals noch war. Ausgerechnet zum Kaisergeburtstag passierte der Namensschwindel. Hauseigentümer und Grundstücksspekulanten setzten sich im Rixdorfer Magistrat durch und peitschten den Namenswechsel

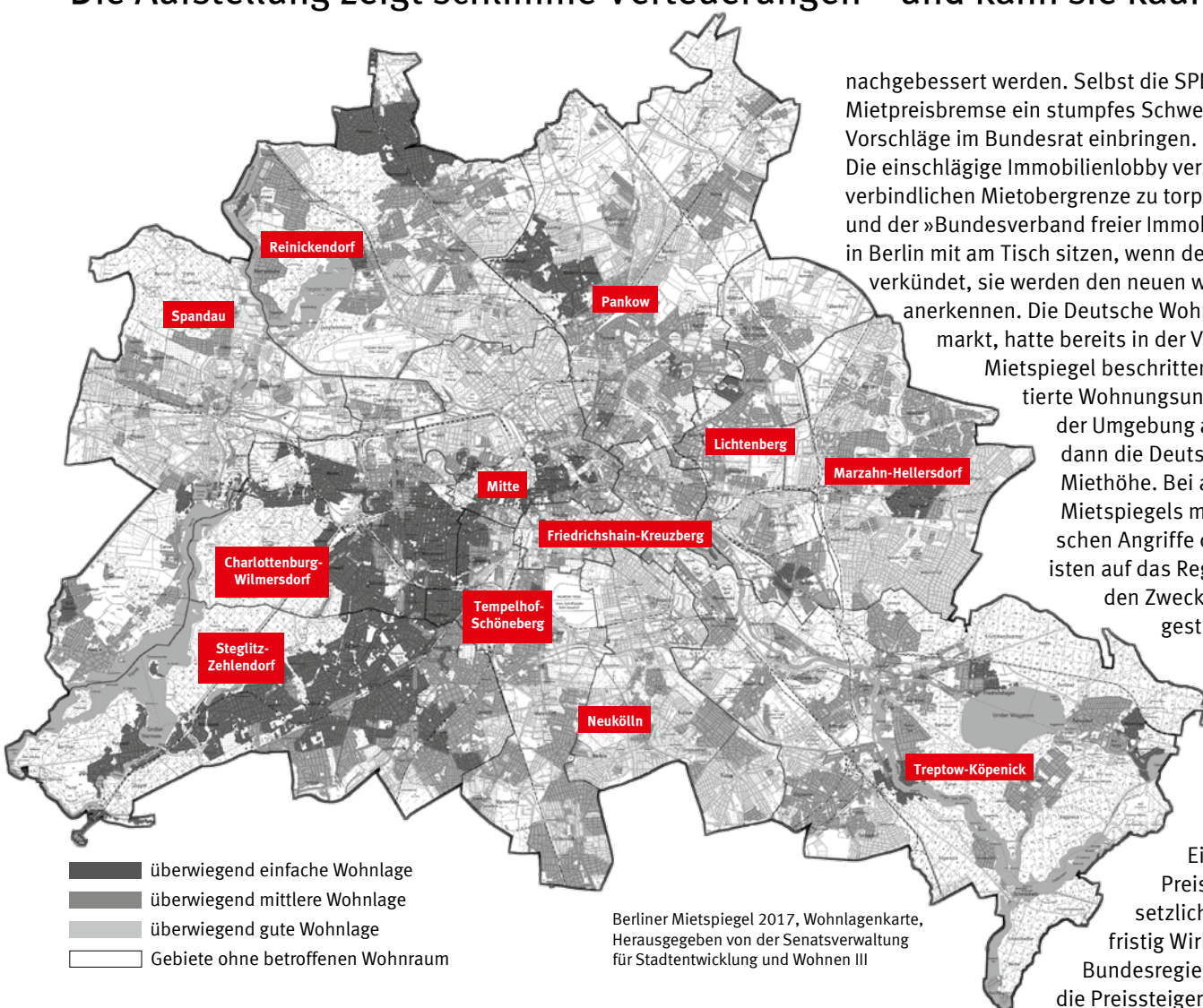
durch. Und die Geschichte weg. Die Geschichte auch von Böhmisches-Rixdorf – dem Teil, der von Asylbewerbern errichtet worden war. Damals im 18. Jahrhundert kamen Glaubensflüchtlinge hierher. Und bauten den Ortsteil auf. Egalitär waren sie, die Herrnhuter Brüder, die merkwürdigen, Exulanten genannten Gläubigen. Kriegsdienstverweigerer waren sie, wollten keine Eide schwören und lehnten es ab, öffentliche Ämter zu begleiten. Fleißig waren sie. Weg mit der Toleranz, weg mit der Vielfalt. Her mit neuen Bauprojekten!

Die Kölnische Heide war städtebauliches Entwicklungsgebiet. Und die Neubauten sollten eine neue Bevölkerungsschicht anlocken. Die reichen und die zahlungskräftigen. Gut hundert Jahre später sei eine kurze Rückschau erlaubt. Wer hat gewonnen? Die Spekulanten und Gentrifizierer? Nö. Was sind sie? Gescheitert! Der Kottbusser Damm hieß lange Rixdorfer Damm. Die westliche Straßenseite gehört noch zu Kreuzberg. Ein Vermächtnis.

Holger Klemm

Erschreckend: Mietspiegel 2017

Die Aufstellung zeigt schlimme Verteuerungen – und kann sie kaum bremsen



nachgebessert werden. Selbst die SPD im Bund hat erkannt, dass »ihre« Mietpreisbremse ein stumpfes Schwert ist. Die Berliner Koalition wird dazu Vorschläge im Bundesrat einbringen.

Die einschlägige Immobilienlobby versucht jede Entwicklung hin zu einer verbindlichen Mietobergrenze zu torpedieren. So haben »Haus und Grund« und der »Bundesverband freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen«, die in Berlin mit am Tisch sitzen, wenn der neue Mietspiegel erstellt wird, bereits verkündet, sie werden den neuen wie den alten Berliner Mietspiegel nicht anerkennen. Die Deutsche Wohnen, Berlins größter Anbieter am Mietmarkt, hatte bereits in der Vergangenheit den Klageweg gegen den Mietspiegel beschritten. Das zweitgrößte deutsche börsennotierte Wohnungsunternehmen will auf Vergleichsmieten in der Umgebung abstellen. In nicht wenigen Fällen wäre dann die Deutsche Wohnen selbst die Referenz für die Miethöhe. Bei aller Kritik an der Unzulänglichkeit des Mietspiegels muss festgehalten werden: Die strategischen Angriffe der Immobilienkonzerne und ihrer Lobbyisten auf das Regulationssystem Mietspiegel verfolgen den Zweck, keinerlei Beschneidung bei der Mietspiegelgestaltung zu unterliegen. Die Börsenplayer wollen freie Fahrt »nach oben«.

Sollte die Mietpreisbremse verbessert werden, auf Ausnahmen verzichtet werden, so könnte das Gesetz in Kombination mit einem Mietspiegel, der lange Erfassungszeiträume abbildet und damit über die Einbeziehung von Bestandsmieten den Preisanstieg dämpfen würde, zu einer gesetzlichen Mietobergrenze kommen, die mittelfristig Wirkung entfaltet. Es bedarf dazu aber einer Bundesregierung, die sich ernsthaft zum Ziel setzt, die Preissteigerungen am Mietmarkt zu drosseln.

Gaby Gottwald, MdA

Am 19. Mai präsentierte die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, den qualifizierten Berliner Mietspiegel 2017, der alle zwei Jahre neu erstellt wird. Es war klar, dass der Berliner Mietmarkt im Auftrieb ist, aber die Rasanz der Entwicklung war dann doch erschreckend. Im Schnitt stiegen die Mieten seit 2015 jährlich von 5,84 Euro auf 6,39 Euro pro Quadratmeter. Das ist mit 4,6 Prozent pro Jahr der bis dato höchste Anstieg am Berliner Wohnungsmarkt. Die Mieten in Altbauwohnungen (gebaut bis 1918) zogen noch stärker an. Unter besonderem Preisdruck stehen die sehr nachgefragten kleineren Wohnungen. Neu ist, dass fixe Zuschläge für »Sondermerkmale« abgeschafft wurden. Die Art der Ausstattung dient zwar weiterhin zur Orientierung der Miethöhe, aber nicht mehr mit festen Beträgen, so dass Vorteilen einer Wohnung auch Nachteile gegenüber gestellt werden könne. Sehr viele Haushalte werden absehbar Mieterhöhungen erhalten. Erlaubt sind Anhebungen bis zur jeweiligen Marge im Mietspiegel. In Berlin gilt zusätzlich: Die maximale Erhöhung darf 15 Prozent innerhalb von drei Jahren nicht überschreiten. Der Mietspiegel ist sowohl Abbild der Preisentwicklung, als auch eine Obergrenze für Mietsteigerungen. In ihn fließen die Vertragsschließungen- und -änderungen der letzten vier Jahre ein. Aufgrund der Kürze des Erfassungszeitraumes bildet er im Wesentlichen die Mietsteigerungen ab, anstatt den Preisauftrieb zu dämpfen. Dies wird seit Langem von der LINKEN, Mieterverbänden und Initiativen kritisiert. Damit auch die preiswerteren alten Bestandsmieten der Vorjahre in den Mietspiegel eingehen und dadurch der Auftrieb begrenzt wird, muss der Erfassungszeitraum auf mindestens 10 Jahre ausgeweitet werden. Die Berliner Koalition bereitet in diesem Sinne derzeit eine Bundesratsinitiative vor, denn die gesetzliche Grundlage für die Erstellung des Mietspiegels liegt beim Bund. Die Dämpfung des Mietspiegels durch die Ausweitung des Erfassungszeitraumes ist notwendig, denn mit Einführung der gesetzlichen Mietpreisbremse, die in ganz Berlin gilt, ist der Mietspiegel der entscheidende Orientierungspunkt, um überteuerte Mieten einklagen zu können. Laut Gesetz dürfen Neuverträge den Mietspiegel nur noch um zehn Prozent überschreiten. Diese einfache Grundregel wird leider durch zahlreiche Ausnahmeregelungen weitgehend wirkungslos. Die Mietpreisbremse gilt nicht nach umfassenden Modernisierungen, die sich zu einer dominanten Ursache für drastische Mietsteigerungen entwickeln. Sie gilt nicht für möblierte Wohnungen, die der neue teure Renner zur Umgehung der Mietpreisbremse sind. Hier muss dringend

Europäische LINKE

DIE LINKE.

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname*

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programmes der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Straße* Hausnummer* Geburtsdatum*

PLZ* Ort* Telefonnummer

Bundesland* E-Mail-Adresse

Soziale Netzwerke (Facebook, Twitter, Google+ etc.)

Beruf Tätig als

Ich war früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Wenn ja, in welcher?

Politische Interessen (Themenfelder)

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und der innerparteilichen Kommunikation erhoben, verarbeitet und genutzt.

Einwilligung in die parteiinterne Bekanntmachung

☐ Ich erkläre mich damit einverstanden, dass mein Eintritt nach § 2 (2) der Bundessatzung parteiöffentlich bekannt gegeben wird. Parteiöffentlich bekanntmachung bedeutet, dass Neumitglieder zum Beispiel auf einer Mitgliederversammlung oder in einer internen Publikation des Kreisverbandes namentlich erwähnt werden.

Ort, Datum Unterschrift

*) Pflichtfelder



Schubser für den Radverkehr

Wer keine verstopften Straßen will, muss Fahrrad und ÖPNV fördern

Friedrichshain-Kreuzberg ist der Bezirk mit dem höchsten Anteil an Radfahrer*innen und dem geringsten Anteil an Autofahrten. Schon 2008 wurden 21 Prozent der Wege von Bezirks-Bewohner*innen mit dem Rad erledigt, nur 17 Prozent mit dem Auto. Da der Bezirk mitten in Berlin liegt, ist der Durchgangsverkehr groß, was letztlich bedeutet: Obwohl die Friedrichshainer- und Kreuzberger*innen berlinweit vorbildlich auf das Auto verzichten bzw. verzichten müssen, werden sie sehr stark durch Lärm, Abgase und Unfallgefährdungen belastet. Was kann da helfen?

Der noch weiter gewachsene Radverkehr braucht mehr Platz und diesen kann er nur auf der Straße bekommen, denn Gehwege oder Frei- oder Grünflächen dürfen nicht weiter eingeschränkt werden. Wie sehen nun die aktuellen Planungen des Bezirks aus? Neben Sanierungen bestehender Radwege (Oranienstr., Blücherstr., Möckernstr., Frankfurter Allee stadteinwärts) und der Asphaltierung der Mariannenstraße im südlichen Abschnitt gibt es auch Neuanlagen. In Bau sind Schutzstreifen auf der Gitschiner Str. bis Skalitzer Str. und von Lindenstr. bis Kottbusser Tor; dafür werden die parkenden Autos unter die Hochbahn verlegt. Eine Einschränkung der zwei Fahrspuren je Richtung auf eine oder wenigstens eine Reduzierung von deren Breite wird von der Senatsverwaltung abgelehnt. 2018 soll der Bau fertig sein. Begonnen werden soll nächstes Jahr auch der Bau eines Schutzstreifens auf der südlichen Seite der Stralauer Allee von der Ehrenbergstr. bis zur Elsenstraße. Ein zweiter (!) Radverkehrs-Planer wird übrigens zur Zeit im Bezirk

eingestellt. Kleinere Maßnahmen wie die Schaffung einer Verbindung vom Bersarinplatz zum Weidenweg, von der Hornstr. zur Yorckstr. und von der Wilhelmstr. zur Stresemannstr. schließen die Lücken in Radwegverbindungen. Mit einem Umbau frühestens 2018 soll auf der Südseite der Hasenheide ein geschützter Radstreifen nach dem Muster amerikanischer »protected bike lanes« eingerichtet werden – schön, dass der Bezirk den Mut hat, mal andere Standards auszuprobieren. Ebenfalls mit erfreuter Spannung erwarten wir den Modellversuch der Senatsplanung, eine eigene Radspur auf der Frankfurter Allee stadtauswärts von der Niederbarnimstr. bis zur S-Bahn-Brücke einzurichten. Erste Überlegungen gibt es zudem beim Bezirk für Schutzstreifen auf den Kanaluferstraßen ab bzw. bis zur Zossener Brücke.

In der Vereinbarung der Fraktionen von Grünen, SPD und LINKEN in der Bezirksverordneten-Versammlung (BVV) ist darüber hinaus zum Radverkehr festgelegt, dass die Situation auf der Oberbaumbrücke verbessert wird, sowie ein »Schnellweg entlang des sogenannten Generalszugs in Kreuzberg entstehen soll«. Gemeint ist der Straßenzug Yorckstr. – Gneisenaustr. Abgesehen davon, dass bald die Kreuzung Kreuzbergstr./Yorckstr./Möckernstr. fahrradfreundlicher umgestaltet wird, sind für den Generalszug aber keine Planungen des Bezirksamtes bekannt. Ein großes Hindernis für Radfahrer*innen bildet der Bahnhof Ostkreuz – er kann in West-Ost-Richtung nicht angemessen leicht durchquert werden. Auch der fertige Bahnhof sieht dafür keine Lösung vor. In Nord-Süd-Richtung kommen Radler*innen nur über Umwege am Bahnhof vorbei. Und

mehr als unschön ist die Situation des Radwegs Berlin-Leipzig, der vom Park am Gleisdreieck kommend, den Potsdamer Platz nur mit einem großen Umweg über die Köthener Brücke erreichen kann. Gefordert ist hier eine Brücke über den Landwehrkanal, die den Park am Gleisdreieck mit dem Tilla-Durieux-Park verbindet. Auswirkungen des bei der rot-rot-grünen Senatskoalition zur Zeit in Arbeit befindlichen Radgesetzes mit großen Posten an Infrastruktur-Projekten wie Radstreifen, Abstellanlagen, Fahrradstraßen und Schnellwegen sind für unseren Bezirk noch nicht absehbar. Wenn es beschlossen sein wird, wird es aber hoffentlich weiteren Rückenwind für den Radverkehr in Friedrichshain-Kreuzberg entwickeln. Wird hingegen auf den Autoverkehr gesetzt, mit seinem Platzbedarf und seinem Wunsch nach Geschwindigkeit, wie es die Opposition im Ab-

geordnetenhaus im Schulterschluss mit der Autolobby fordert, führt dies zwangsläufig zum Stillstand im täglichen Verkehr.

Die Bevölkerung in Berlin nimmt stark zu, auch der Touristenboom ist nicht zu Ende – Faktoren, die den Verkehr anschwellen lassen. Schon aus reinen Platzgründen kann dieser Mehrverkehr nicht mehr per Blechkiste abgewickelt werden. Eine massive Förderung des Fahrrads (und des öffentlichen Verkehrs) ist die Voraussetzung dafür, dass es auf Berlins Straßen in Zukunft überhaupt noch vorwärts geht. Und während für einen Quadratmeter Wohnung jeden Monat 8–10 Euro fällig werden, werden mehrere Quadratmeter öffentlicher Raum, der Allen zur Verfügung stehen sollte, an jede/n Autobesitzer*in weitgehend verschenkt. Gerecht geht anders.

Karl-Heinz Ludewig

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.

»Es liegt an uns allen. Wir können das Land verändern. Wir können die Zukunft für die Menschen gerechter und besser machen. Ein gutes Leben für alle wäre längst möglich. Der Reichtum wächst jeden Tag, aber er kommt nur Wenigen zugute. Die Welt ist aus den Fugen, es liegt an uns, sie neu zu gestalten.«

So beginnt das Programm der LINKEN zur Bundestagswahl im September 2017. Es ist auf einem Bundesparteitag in Hannover am 11. Juni mit großer Mehrheit beschlossen worden. Wir sind der Meinung: Dafür lohnt es sich zu kämpfen!

Das gesamte Wahlprogramm:
www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm



Zwei Jahre gemeinsam für gute Arbeit und ein besseres Leben

In den vergangenen zwei Jahren waren wir mit unserer Kampagne »Das muss drin sein.« aktiv für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Bundesweit haben wir gemeinsam über 1,3 Millionen Aktionspostkarten zu verschiedenen Kampagnenschwerpunkten verteilt und mehrere hundert Aktionen durchgeführt. Der Kampf für gute Arbeit und sichere Zukunftsperspektiven war auch in Friedrichshain-Kreuzberg ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir haben mit Aktionen vor dem Urban-Klinikum und dem Vivantes-Krankenhaus Friedrichshain Solidarität mit den Pflegerinnen und Pflegern gezeigt. Vor den Jobcentern haben wir Hartz-IV-Betroffenen »heiße Getränke gegen soziale Kälte« eingeschenkt und ihnen so gezeigt, dass sie nicht alleine stehen. Mit dem Slogan »Frist oder Stirb« haben wir bei Verteilaktionen und einer Tour durch die Berufsschulen im Bezirk auf die Probleme von Befristung und Leiharbeit aufmerksam gemacht. Am Internationalen Frauentag forderten wir gleiches Geld für gleiche Arbeit und mit unserer Aktion »Miethaie zu Fischstäbchen« haben wir auf dem

Mariannenplatzfest für bezahlbaren Wohnraum demonstriert. Und Druck wirkt: unser LINKER Bezirksstadtrat Knut Mildner-Spindler hat die AV Wohnen, die für Hartz-IV-Beziehende die Begrenzung der Mietkosten regelt, erstmalig ausgesetzt. Im Rahmen der rot-rot-grünen Koalitionsverhandlungen konnte sich unser Bezirksvorsitzender Pascal Meiser erfolgreich für die Rückführung der ausgegliederten Tochtergesellschaft CFM einsetzen. Und gemeinsam mit Mieter/-innen-Initiativen kämpfen wir gegen die Verdrängung von alteingesessenem Kleingewerbe wie Kisch & Co und Mieter/-innen der DEGEWO rund um den Mariannenplatz oder der Deutsche Wohnen in der Otto-Suhr-Siedlung.

Der Kampf gegen unsichere Arbeits- und Lebensverhältnisse ist



Juni 2015: Transpi-Aktion mit Katja Kipping und Bernd Riexinger am Kottbusser Tor im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche »Das muss drin sein«.

vielfältig und äußert sich in den ganz konkreten Kämpfen gegen Mietsteigerungen, für höhere Löhne und gegen Zwangsumzüge. Und er erfordert einen langen Atem. Jetzt nehmen wir den Schwung aus der Kampagne mit in den Bundestagswahlkampf. Wir wollen für DIE LINKE ein starkes Ergebnis erreichen und damit den Druck auf die anderen Parteien erhöhen, auf

unsere Forderungen einzugehen. Machen wir die Bundestagswahl zu einer Abstimmung für mehr soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Ergreif auch Du Partei für eine bessere Zukunft: Auf der Straße, im Wahlkampf, bei der Bundestagswahl am 24. September und natürlich als Mitglied in der LINKEN.

MITMACHEN: WWW.LINKSAKTIV.DE

März 2016: Riesen-Transpi-Aktion am Urban-Klinikum für mehr Personal in Gesundheit und Pflege.



1. Mai 2017: Unter dem Motto »Miethaie zu Fischstäbchen« beim Mariannenplatzfest gegen steigende Mieten.



September 2015: Aktionen gegen Befristung und Leiharbeit, an Berufsschulen und wie hier auf der Warschauer Brücke.

Schulreinigung soll kommunal werden

Nachrichten aus dem Bezirksparlament Friedrichshain-Kreuzberg

Auch in unserem Bezirk werden die Plätze an den Grundschulen knapp. Der Ausschuss für Schule und Sport hat sich in zwei Sitzungen diesem Thema gewidmet und Einzugsbereichsveränderungen im Friedrichshainer Nordkiez und im ehemaligen SO 36 diskutiert. Während Kreuzberger Eltern zurecht die fehlende Weiterentwicklung der Schulkonzepte bei Vergrößerung der Schulklassen befürchten, steht in Friedrichshain vor allem die Frage im Raum, ob denn alle Schulanfänger überhaupt noch einen Schulplatz bekommen. Im Gebiet des »Freudenbergaareals« begrenzt durch die Holtei-, Weser- und Boxhagener Straße fehlt perspektivisch ein ganzer Schulstandort. Hier müssen neben der Politik auch alle anderen Beteiligten gemeinsam nach Lösungen für das Problem suchen.

In der Mai-BVV gab es gleich zwei Anträge, die sich dem Schulneubau widmeten. Zum einen soll geprüft werden, ob ein Schulneubau auf dem Dragoner-Areal am Mehringdamm realisierbar ist. Um der Schulplatznot im Friedrichshainer Nordkiez beizukommen, ist das Bezirksamt aufgefordert, zwei neue Grundschulstandorte dort zu sichern. Besonders zu prüfen ist dabei vordringlich der Standort Rigaer Straße 71–73a (Vorhaben Sama Riga Carré). Bei entsprechender Eignung der Fläche als Schulstandort ist das gegenwärtige Bebauungsplanverfahren unverzüglich zu stoppen und ein neues Verfahren mit der Zielsetzung Schule einzuleiten. Etwaige den Planungen zuwiderlaufende Anträge sind zurückzustellen. Über beide Anträge berät der Schulausschuss in seiner Sitzung Mitte Juni 2017.

Auf Initiative der LINKEN befasst sich das Bezirksamt mit der Rekommunalisierung der Schulreinigung. Inwieweit eine Rekommunalisierung für den Bereich der Schulreinigung sinnvoll und realisierbar ist, soll im Rahmen eines Gutachtens geklärt werden. Derzeit arbeitet das Schul- und Sportamt an der Ausarbeitung der Grundlagen und an den Anforderungen für ein solches Gutachten. Die aktuellen Reinigungsverträge für Schulen haben eine Laufzeit bis zum Sommer 2019.

Der Stärkung der bezirklichen Bibliotheken gilt ein Antrag für die Initiierung eines Bibliotheksgesetzes für das Land Berlin. Innerhalb dieser Wahlperiode soll ein solches Gesetz erarbeitet werden. Darin sind Bibliotheken als Bildungseinrichtungen zu definieren, ihre Unterhaltung als kommunale Pflichtaufgabe fest-

zuschreiben und Mindeststandards u. a. für die Ausstattung mit Sach- und Personalmitteln zu formulieren. Das Bezirksamt wurde beauftragt, sich in einem geeigneten Format mit der Öffentlichkeit über eine Sicherung und Entwicklung des Gedenkortes Fontanepromenade 15 auszutauschen und die Ergebnisse umzusetzen. In der Fontanepromenade 15 befand sich von 1938 bis 1943 die »zentrale Dienststelle für Juden«. Wegen der noch wenig erforschten jüdischen Zwangsarbeit besitzt die Fontanepromenade 15 in der Berliner Gedenkstättenlandschaft ein gedenk- und erinnerungspolitisches Alleinstellungsmerkmal. Eine Veranstaltung dazu fand am 6. Juni 2017 im Nachbarschaftshaus Urbanstraße statt.

Regine Sommer-Wetter

Solidarität mit verhafteten Bürgermeistern

BVV-Resolution gegen Verfolgung in der Türkei

Stellen Sie sich einmal vor, unsere Bezirksbürgermeisterin wird von der Bundesregierung von heute auf morgen abgesetzt. Spezialeinheiten der Polizei stürmen ihre Wohnung, durchsuchen und verwüsten sie. Die Bürgermeisterin wird festgenommen mit dem Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung – ohne Vorlage von Beweisen. Der von der Bundesregierung eingesetzte Zwangsverwalter entlässt von heute auf morgen alle Angestellten der Bezirksverwaltung. Das Bezirksparlament wird aufgelöst, alle demokratisch gewählten Abgeordneten – mit Ausnahme der Abgeordneten der Regierungspartei und dem rechten Lager werden verhaftet. Den Betroffenen und deren Familien wird Besitz und Vermögen genommen, Pensionen gestrichen.

Genau das passiert im Moment in einem Land, mit dem ein großer Teil der Bevölkerung in unserem Bezirk eng verbunden ist. Was in der Türkei gerade passiert ist die Installierung einer Diktatur. Präsident Erdogan hat auch schon die Einführung der Todesstrafe nach dem Referendum angekündigt. Dies bewegt die türkischen und kurdischen Menschen

in unserem Bezirk. Noch ist es ruhig hier im Bezirk. Aber es brodelt unter der Oberfläche. Vor allem die Kritiker des Referendums von Erdogan haben Angst, öffentlich Position zu beziehen. Sie wollen sich und ihre Angehörigen in der Türkei nicht in Gefahr bringen. Denn: »Big brother is watching you«, in der Moschee, in der Schule, auf dem Markt. Selbst die Abstimmung zum Referendum in den Konsulaten kann zur Gefahr werden. Es gibt erste Berichte darüber,

dass Bürgern, die auf irgendwelchen geheimen Listen stehen, bei der Abstimmung der Pass entzogen wurde. Es ist an der Zeit, dass wir Position beziehen und uns solidarisch mit den demokratischen Kräften in der Türkei erklären. Unser Bezirk hat eine Städtepartnerschaft mit dem Istanbuler Bezirk »Kadiköy«, der zum Wahlkreis 1 zählt, in dem der HDP-Vorsitzende Selahattin Demirtas kandidierte. Er ist seit Monaten im Gefängnis. Zeitgleich wurden mehr

als 80 gewählte Bürgermeister und Bürgermeisterinnen im kurdischen Südosten ihres Amtes enthoben und inhaftiert. Dabei handelt es sich ausschließlich um HDP/DBP Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die zum Teil von über 80 Prozent der Bevölkerung gewählt wurden. Wir als Berliner Bezirk mit dem größten Anteil von Bürgern und Bürgerinnen mit migrantischem Hintergrund sollten als Demokraten und Demokratinnen ebenfalls Solidarität zeigen.

Elke Dangeleit

Auf Antrag der LINKEN hat die BVV im April eine Resolution gegen die Verhaftungen in der Türkei verabschiedet. Es soll eine Patenschaft der Bezirksbürgermeisterin mit einer betroffenen türkischen Amtskollegin begründet werden.



Noch in Freiheit: Martina Michels, Europaabgeordnete der LINKEN, besuchte Ende 2015 die inzwischen verhaftete Bürgermeisterin von Diyarbakir, Gültan Kisanak

Lebensqualität statt Flughafen

Warum Tegel nicht weiter betrieben werden soll

Lobbygruppen und die Klientelpartei FDP machen Stimmung gegen die Schließung des Flughafens Tegel. DIE LINKE lehnt den innerstädtischen Flughafen ab. Ein Weiterbetrieb von Tegel wäre für unsere Stadt finanziell, rechtlich und mit Blick auf die Belastung der Anwohner unverantwortlich.

Tegel macht krank

Mehr als 300.000 Berlinerinnen und Berliner leben und leiden in der Einflugschneise unter dem permanenten Krach durch die Flugzeuge in einer Vielzahl, die so nie geplant war. Fluglärm nervt nicht nur, er macht nachweislich krank. Wir wollen die Anwohner endlich von der krankmachenden Dauerbeschallung befreien.

Tegel ist ein Risiko

Ein Flugzeugunglück mitten in der Innenstadt hätte verheerende Ausmaße. Das Brandschutzsystem des Flughafens ist völlig veraltet, die zentrale Zufahrt ein Nadelöhr. Jeder Tag, den Tegel weiter offen bleibt, stellt ein hohes Risiko dar. Wir wollen den immer weiter wachsenden Flugverkehr nicht länger mitten in unserer Millionenstadt.

Tegel wird teuer

Der alte Flughafen pfeift auf dem letzten Loch und wird komplett auf Verschleiß gefahren. Nicht nur für die Fluggäste, auch für die Beschäftigten ist der Zustand von Tegel nicht länger tragbar. In die marode Infrastruktur müsste massiv investiert werden. Die Kosten für Schallschutzmaßnahmen für die Anwohnerinnen und Anwohner fangen im dreistelligen Millionen-

bereich an. Mit dem Abwandern der großen Fluggesellschaften zum BER, wird der Weiterbetrieb in Tegel unrentabel. Berlin müsste Millionen zuschießen. Wir wollen kein neues Milliardengrab für Berlin.

Tegel hat keine Rechtsgrundlage

Die Betriebsgenehmigung für Tegel stammt aus der Zeit als Berlin geteilt war und läuft mit der Eröffnung des BER ab. Nach den heutigen Gesetzen ist die Erteilung einer neuen Genehmigung aufgrund der innerstädtischen Lage höchst unwahrscheinlich. Zudem wäre die Inbetriebnahme des BER gefährdet, da dessen Betriebsgenehmigung auf der Schließung von Tegel beruht. Es drohen jahrelange, teure juristische Auseinandersetzungen. Wir wollen kein rechtliches Glücksspiel zulasten der Allgemeinheit.

Tegel wird nicht gebraucht

Die Behauptung, dass der BER nach Fertigstellung zu klein sei, ist eine Lüge. Durch die Weiternutzung der Kapazitäten im alten Terminal Schönefeld und den Bau eines weiteren Terminals wird die Kapazität am BER auf mehr als 40 Millionen Passagiere pro Jahr erweitert, also deutlich mehr als die derzeit 33 Millionen Fluggäste. Wir wollen eine wirtschaftliche, sinnvolle Weiterentwicklung des BER und keinen defizitären und hunderttausende Menschen zusätzlich belastenden Parallelbetrieb von zwei Flughäfen. DIE LINKE. Berlin sagt: JA zu Wohnungen, Grünflächen und Wissenschaft. Berlin wird mit der Schlie-



ßung des alten Flughafens nichts verlieren, sondern eine riesige innerstädtische Fläche gewinnen. Mit dem konkreten Nachnutzungskonzept wollen wir ein lebenswertes Viertel schaffen. Wir brauchen den Platz für dringend benötigten Wohnraum. Berlin wächst und wächst. Auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens und in den umliegenden Gebieten werden ca. 5.000 neue Wohnungen entstehen. Davon rund die Hälfte für geringe und mittlere Einkommen. Außerdem wird es dort Studentenwohnungen, Kitas, eine Grundschule und einen Jugendclub geben. Wir brauchen den Platz für Grün- und Erholungsflächen. Durch die Verdichtung der Stadt werden Frischluftschneisen immer wichti-

ger. Wir schaffen eine neue grüne Lunge für unsere Stadt. Auf dem Areal wird ein rund 200 Hektar großer Landschaftspark mit vielen Grün- und Erholungsflächen entstehen.

Wir brauchen den Platz für Bildung, Wissenschaft und Zukunftstechnologien. Berlin wird als Forschungs- und Wissenschaftsstandort immer beliebter. Das Gelände und das Flughafengebäude wollen wir dafür nachhaltig nutzen. Die Beuth-Hochschule für Technik wird hier einen neuen großen Campus errichten. Mit der »Urban Tech Republic« wird ein High-Tech-Standort für Zukunftstechnologien mit tausenden Arbeitsplätzen entstehen. Ein Nein zur Offenhaltung des Flughafens Tegel ist ein Ja zur Zukunft unserer Stadt.

Rosengarten: Grünes Kleinod schützen

Viele Jahre lag die kleine Parkanlage »Rosengarten« in der Karl-Marx-Allee, am U-Bahnhof Weberwiese, in einem Dornröschenschlaf und bot Anwohner*innen und Besucher*innen einen verwahrlosten Anblick. Nicht nur die Anwohner*innen waren darüber betrübt, auch DIE LINKE setzte sich für die Erweckung der kleinen Erholungsoase ein. Anfragen und Anträge ans Bezirksamt wurden allerdings mit immer neuen Wieder-

herstellungsdaten beantwortet. 2015 begann dann unser Bezirksamt endlich in Kooperation mit dem Bezirk Lichtenberg mit der Neugestaltung des Parks. Vor allem Lehrlinge eines überbezirklichen Ausbildungsprojektes für Garten- und Landschaftsbau haben in den letzten zwei Jahren mit viel Engagement, Aufwand und Detailliebe den »Rosengarten« wieder zu einem hübschen Erholungsort umgestaltet.

Dafür möchten wir uns an dieser Stelle bedanken. Leider vergessen wir sehr schnell, wieviel Mühe, Kosten und Arbeit die Neugestaltung oder Erhaltung auch kleiner Erholungsorte bereitet und lassen es an Aufmerksamkeit und Achtung fehlen. Auch für den »Rosengarten« lauert eine solche Gefahr schon im bezirklichen Veranstaltungskalender, in Form des jährlichen »Internationalen Berliner Bierfesti-

vals«. Vorbeugend haben wir deshalb in die Juni-BVV einen Antrag zum Schutz der Anlage, z. B. durch eine Umzäunung, wie sie bei der Rasensaat eingesetzt wurde, eingebracht. Wir sind gespannt, ob der »Rosengarten« am 1. Augustwochenende vor »Pflanzenzertrampeln«, »Wildpinklern«, »Plastebecher- und Müllwegwerfern« geschützt werden kann.

Claudia Richter

Termine

Der Rote Laden

Weidenweg 17, 10249 Berlin
Telefon: 030/426 26 87
Fax: 030/426 13 38

Soweit nicht anders angegeben, finden die Veranstaltungen im Roten Laden statt.

Bürozeiten:

Montag: 13–18 Uhr, Dienstag & Donnerstag:
10–18 Uhr, Freitag: 9–13 Uhr

Veranstaltungen im Juli/August

Steht auf, Verdammte dieser Stadt! Energetische Sanierung – ökologische Notwendigkeit ohne Verdrängung

In verschiedenen Siedlungen in Berlin versuchen Hauseigentümer über die Modernisierungsumlage durch energetische Sanierungen die Mieten stark zu erhöhen. Die Folge: Verdrängung der Mieter*innen. Doch es gibt Gegenwehr. Wir wollen diskutieren, wann und wie energetische Sanierung sinnvoll ist und wie die rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen verändert werden müssen, damit es zu keiner Verdrängung der Bewohner*innen kommt?

Podiumsdiskussion mit: **Uwe Witt**, Referent Bundestagsfraktion DIE LINKE; **Bündnis Otto-Suhr-Siedlung und Umgebung** (BOSS & U) (NN. angefr.); **Berliner Mieterverein** (NN. angefr.); **Pascal Meiser**, Direktkandidat für Friedrichshain-Kreuzberg Pankow-Ost

Montag, 10.7., 18.30 Uhr, in der Alten Feuerwache, Axel-Springer-Straße 40/41 (Bus M 29, 248, U6 Kochstraße, U2 Spittelmarkt)

Basistag

Mittwoch 5.7., 18 Uhr, Roter Laden

Mitgliederversammlung OV Kreuzberg

Donnerstag, 6.7. und 3.8. jeweils 19 Uhr
Familiengarten, Oranienstr. 34, HH,
Gäste herzlich willkommen!

Stammtisch des OV Kreuzberg

Montag, 17.7. und 21.8., jeweils ab 19 Uhr,
Südblock, Admiralstr. 1, Kottbusser Tor,
Gäste herzlich willkommen!

Treffen des AK Rote Beete

für sozial-ökologischen Umbau

Mittwoch, 19.7. und 16.8. jeweils 18.30 Uhr
im Bürgerbüro Gaby Gottwald

Treffen des Aktionskomitees OV Kreuzberg

Donnerstag, 20.7. und 17.8. jeweils 19 Uhr
im Bürgerbüro Gaby Gottwald

DIE LINKE.

Friedrichshain-Kreuzberg

Impressum:

Redaktionsschluss: 16. Juni 2017
Herausgeberin: DIE LINKE. Friedrichshain-Kreuzberg, Tel: 030/426 26 87

www.dielinke-fk.de

www.facebook.com/DIELINKE.FK

info@dielinke-fk.de

Redaktion: Regine Sommer-Wetter,
Damiano Valgolio (V.i.S.d.P.)



Sport, Spaß und Kunst

Bürgerkomitee Weberwiese organisiert wieder Sommerferienspiele

Auch in diesem Jahr wird in der Zeit vom 7. August bis 29. August 2017 das Bürgerkomitee Weberwiese wieder kostenlose Ferienspiele auf dem Schulsportplatz Fredersdorfer Straße 28 organisieren.

Zum achten Mal in Folge können montags und dienstags Kita- und Schulkinder den Platz und die Sporthalle in Besitz nehmen. Gemeinsam mit dem Jugendclub »Feuerwache«, dem Familienzentrum »einhorn«, dem Regenbogenhaus und anderen Vereinen sollen die Kinder unbeschwerte Ferienvor- und nachmittage genießen.

Die Angebote reichen vom gemeinsamen Singen, Buttons gestalten, Wasserspielen, Slackline, Seifenkistenrennen bis zum Kistenklettern. Wie bereits im vergangenen Jahr ist

es uns gelungen, zwei Künstlerinnen von »artsistas« zu gewinnen, die gemeinsam mit den Kindern malen, basteln und gestalten werden. Für manch einen unserer kleinen Gäste gibt es so das erste Mal im Leben Gelegenheit, sich unter Anleitung künstlerisch zu betätigen.

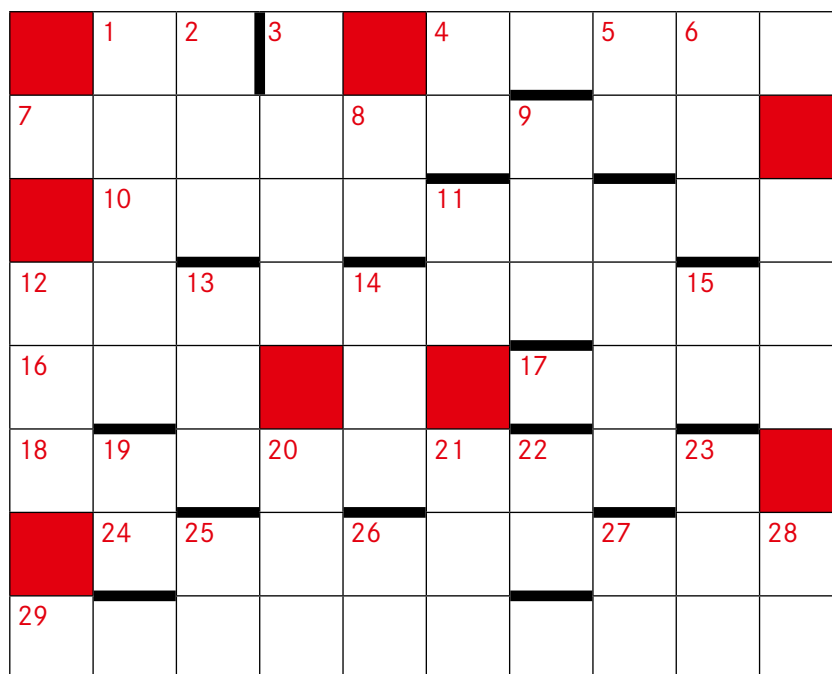
Die Dienstagvormittage sind den Horden der Friedrichshainer Schulen vorbehalten. Die Polizei bietet ihren Fahrradparcours wieder an und es finden Fußballturniere statt.

Es wird ein kostenloses Angebot an kühlem Kräutertee, Mineralwasser und frischem Gemüse geben. Auch Gegrilltes wird wieder gegen kleine Spenden angeboten. Wir freuen uns auf zahlreiche Kuchenspenden aus der Nachbarschaft.

Zur Finanzierung unserer kostenlo-

sen Angebote, von Spielgerät, den Informationen und den kleinen Aufwandsentschädigungen erhalten wir Spenden aus dem Schulamt, von der Genossenschaft Friedrichshain e. G. und der LINKEN. Halina Wawzyniak, Martina Michels und der Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg unterstützen uns finanziell. Dafür an dieser Stelle vielen Dank. Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass Claudia Richter, die Chefin des Roten Ladens, unsere Plakate, Flyer und die Außenwerbung am Sportplatz neu gestaltet hat. Mit diesem neuen Blickfang, der tatkräftigen Unterstützung ehrenamtlicher Helfer und schönem Wetter hoffen wir auch in diesem Jahr auf erlebnisreiche Sommerferienspiele.

Regine Sommer-Wetter



Kreuzhain-Rätsel

Senkrecht 1 Regent des größten europ. Landes 2 Hoch-Bildungsstätte 3 Gedanke 4 sog. Islamischer Staat (Abk.) 5 Kurzarbeit (Abk.) 6 europäische Gesundheitskarte (Abk.) 8 Kfz-Kennz. Erfurt 9 Gegenwart von tat 11 Pferdestärke (Abk.) 12 Ausruf der Anerkennung 13 Laika war _er _rste _und im Weltall 14 Rauschgifteinsatzkommando (Abk.) 15 Nanosekunde (Abk.) 19 Arbeitsagentur (Abk.) 20 Lernerfolgskontrolle (Abk.) 21 Dada ohne Anfang 22 Marxismus-Leninismus 23 spanisch verdrehtes Ende 25 Kfz-Kennzeichen Bonn 26 Niederspannung (Abk.) 27 @ 28 Dachverband (Abk.)

Waagerecht 1 der Bär 4 Honigdieb 7 Parlament der BRD 10 wenn es nur noch aufwärts gehen kann, ist er erreicht 12 Opposition 16 englisch eins 17 eine Wurzel der LINKEN 18 Sozial.Gerecht.Für Alle. – LINKEN-Motto im anstehenden _ für den 7 waag. 24 Bezeichnung des Okzident aus einer Zeit, als die Welt noch eine Scheibe war 29 Gegenteil von rechts und passiv